

# Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



## Inhalt

Heinz Kühn würdigt den  
Beschluß des SPD-Partei-  
tages zur Energieversor-  
gung Seite 1/2

Marie Schlei sieht im Vo-  
tum der Delegierten zur  
Entwicklungshilfe eine  
Unterstützung ihrer  
Politik Seite 3

Paul Neumann weist An-  
griffe des CDU/CSU Wehr-  
politikers Weißkirch ge-  
gen Horst Ehmke als Falsch-  
münzerei zurück  
Seite 4

Fritz Cremer fordert  
den Ausbau der medizini-  
schen Vorsorge und Be-  
teiligung aller Betroffen-  
en an Entscheidungen im  
Gesundheitswesen  
Seite 5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
PresseDienst GmbH  
Kölner Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 88 11

32. Jahrgang/ 220 /

17. November 1977

Keine falschen Alternativen aufdrängen lassen

Hamburger Energie-Kompromiß bedeutungsvoll für industrielle  
Zukunft

Von Heinz Kühn  
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Wenn man zurückdenkt - 40 000 Demonstranten in Kalkar aus  
Sorge um die Sicherheit der Umwelt, 40 000 Demonstranten in  
Dortmund aus Sorge um die Sicherheit des Arbeitsplatzes -  
dann weiß man: Energiepolitik ist vielleicht die zentrale  
Frage für das Ende unseres Jahrhunderts. Es ist damit auch  
ein Problem leidenschaftlicher und differenzierter Diskussio-  
n der SPD, deren Hauptsorge die Sicherheit der Arbeit für  
alle ist, die aber zugleich auch eine Heimat für diejenigen  
darstellt, die sich um die lebensfähige Umwelt der Zukunft  
sorgen.

Der Kompromiß zwischen den Denkrichtungen, der auf dem Ham-  
burger Parteitag gefunden wurde, zwingt niemanden, sich  
gegenüber seinen Denkpositionen zu kompromittieren. Er ist  
zugleich kein leerer Formelkompromiß, sondern ein konstruk-  
tiver politischer Kompromiß, wenngleich auch dieser Be-  
schlußvorschlag nicht alle Barrieren und Bedenken wegräumt.  
Zähne werden rechts und links knirschen, wenn's denn hier  
schon rechts und links gibt. Zum politischen Richtungsstreit

kann diese Frage jedoch nur von jenen gemacht werden, die sie zum Katalysator anderer politischer Unlustgefühle machen wollen.

Der Vorschlag begründet den nachdrücklichen Vorrang der Kohle bei der Energieversorgung. Auf Dauer sollen mindestens 35 Millionen Tonnen deutscher Kohle verstromt werden, was mit der bestehenden Werkbaukapazität leicht zu leisten ist. Wir haben im Ruhrgebiet noch für 200 Jahre Kohle unter der Erde, während die Öl-Vorräte der Welt nur noch für 35 und die Erdgasvorräte nur noch für 55 Jahre reichen. Mindestens 35 Millionen Tonnen deutscher Kohle verstromt werden, was mit der bestehenden Werkbaukapazität leicht zu leisten ist. Wir haben im Ruhrgebiet noch für 200 Jahre Kohle unter der Erde, während die Öl-Vorräte der Welt nur noch für 35 und die Erdgasvorräte nur noch für 55 Jahre reichen.

Es wird in der Bundesrepublik bis zum Ende der 80er Jahre keine Energielücke zu befürchten sein. Wir dürfen uns also keine falschen Alternativen aufdrängen lassen: Weder dürfen wir uns in ein Fehlhandeln hineinhysterisieren lassen durch die Dunkelmänner der CDU, die die Lichter ausgehen sehen, noch dürfen wir in ein Moratorium hineindesertieren und uns die Fesseln der Selbstmobilisierung auferlegen.

Der Parteitag hält bei der Betonung des Vorrangs der Kohle und der Notwendigkeit der verstärkten Entwicklung neuer Energietechnologien auch die Option für die Kernkraft offen, denn auf Dauer werden wir weder für uns noch für die Entwicklung der Industriellen Welt ohne Kernkraft auskommen. Bisher haben Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, alle miteinander vielleicht zu sehr, nur an die Bereitstellung der künftig notwendigen Energie und zu wenig an die Sicherung der jetzt und zukünftig betroffenen Menschen gedacht. Dies ist jedoch die besondere Aufgabe sozialdemokratischer Politik, die der Hamburger Parteitag mit einer bis in die Einzelheiten gehenden Problembehandlung zu erfüllen sucht. Die Energiepolitische Entscheidung von Hamburg wird nicht nur in der Geschichte der Sozialdemokratie bedeutungsvoll sein, sie ist es auch für die industrielle Zukunft der Bundesrepublik.

(-/17.11.1977/hl/ca)

Internationale Solidarität stärker praktizieren !

---

Für eine grundwertorientierte Entwicklungspolitik

Von Marie Schlei

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich auf ihrem Parteitag in Hamburg auf eindrucksvolle Weise zur Entwicklungspolitik bekannt: Durch den Parteivorsitzenden, den Fraktionsvorsitzenden und den Bundeskanzler sowie durch die Verabschiedung von Leitlinien. Sie werden es nun auch den Ortsvereinen besser ermöglichen, eine grundwertorientierte Entwicklungspolitik zu ihrem Thema zu machen, für die schon seit mehr als zehn Jahren Sozialdemokraten Verantwortung tragen.

Diese Prinzipien sind von Sozialdemokraten auf vielen Parteitagen ausreichend formuliert und definiert worden. Internationale Solidarität muß jetzt noch stärker durch Genossen praktiziert werden, und für die benachteiligten Menschen auf dieser einen Erde erfahrbar gemacht werden. Diese zentrale Politik unserer Partei braucht Identifikationsmöglichkeiten für jedes einzelne Mitglied. Wir können sie nicht nur abstrakt diskutieren.

Die Bundesregierung kann nun zusammen mit der Fraktion das Für und Wider eines Gesetzes zur Entwicklungszusammenarbeit, das Grundgesetze, Ziele und Instrumente beschreibt, prüfen wie es andere Industrieländer bereits mit positivem Ergebnis getan haben. Sie wird über alternative Stufenpläne zum Erreichen des Ziels, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts an Entwicklungsländer zu übertragen, nachdenken. Wenn wir dieses Ziel bis Mitte der 80er Jahre erreichen wollen, werden Haushaltssteigerungen wie sie gegenwärtig von rund 20 Prozent dazu nötig sein. Wir dürfen nicht allzu schnellzünftig Ziele formulieren. Ohne die Anstrengung zu beschreiben, die für das Erreichen notwendig ist. Wir werden uns deshalb auch über andere Möglichkeiten, zum Beispiel über Zinssubventionierung, Industrieansiedlung, auch einen Dialog mit den Bundesländern diese gemeinsame Anstrengung betreffend Gedanken machen.

Herbert Wehner hat gesagt, Entwicklungspolitik ist keine Ressortpolitik, nichts für Liebhaber und Gelegenheitsmenschenfreunde. Er hat Recht. Der Ausgleich zwischen dem wohlhabenden Norden und den am Rande der Existenz lebenden Menschen auf der südlichen Halbkugel muß von allen Industrieländern und von allen Bürgern in diesen Ländern mitgetragen und mitverantwortet, muß erst recht ein Anliegen werden. Hamburg war ein guter Anfang.

(-/17.11.1977/vo-he/ca)

Falschmünzerei wider besseres Wissen

---

Zu der Veröffentlichung von W. Weißkirch in der Aachener Volkszeitung

Von Paul Neumann MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß

Zur 10. Hauptversammlung des DBwV hatte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke MdB, in seinem Grußwort den Verband gebeten, durch "Kontakte mit Repräsentanten und Organisationen der Länder des Warschauer Paktes" zur Vertrauensbildung zwischen Ost und West beizutragen.

Was Politiker der CDU/CSU aus dieser Aufforderung gemacht haben, ist schlicht Falschmünzerei. Am 21. Oktober 1977 erweckte der CDU-Abgeordnete Stercken im Pressedienst seiner Partei den Eindruck, als sollten "Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr Kontakte zu Militärs der Ostblockstaaten aufnehmen" und folgerte, daß Horst Ehmke "einen weiteren (!) Sektor deutscher Sicherheitspolitik demontiert" habe.

Dies ist nichts anderes als böswillige Brunnenvergiftung. Eindeutig war und ist die Bitte von Horst Ehmke an den Deutschen Bundeswehrverband gerichtet gewesen und nicht an "die" Soldaten der Bundeswehr.

Genau dies behauptet auch der CDU-Abgeordnete Willi Weißkirch in einem Beitrag für die "Aachener Volkszeitung" vom 14. November 1977. Er müßte es besser wissen, denn er hat die Rede selbst gehört. Trotzdem behauptet er: "Er (Horst Ehmke) gab den Soldaten der Bundeswehr zu überlegen, ob sie nicht auch einmal in Kontakt zur anderen Seite.... treten möchten".

Wenn auf diese Weise die Leser einer Zeitung falsch informiert werden, dann verdient dies die Bezeichnung der Falschmünzerei.

Um zu dem zurückzukommen, was Horst Ehmke mit vertrauensbildenden Maßnahmen gemeint haben könnte: Die Gästeliste für die Eröffnungsversammlung des Deutschen Bundeswehrverbandes am 10. Oktober 1977 weist zahlreiche Militär-Attachés zum Beispiel den der chinesischen Botschaft aus, jedoch keinen Repräsentanten des Warschauer Paktes!

(-/17.11.1977/h1/ca)

+ . +

### Kostenersparnis durch medizinische Vorsorge

### Gesundheitspolitik erfordert neue Prioritäten

Von Dr. Fritz Cremer

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)  
 und Mitglied des bayerischen Landtags

Die ÖTV ist mit ihrer jüngst erhobenen Forderung nach konsequenter Vorbeugung von Krankheitsfaktoren zurecht auf breite Zustimmung gestoßen. Das gegenwärtige Gesundheitssystem wird nur unzureichend seiner Aufgabe gerecht, vor Krankheiten zu schützen bzw. Krankheiten zu heilen. Die stagnierende Lebenserwartung, die erschreckende Zunahme chronisch-degenerativer Krankheiten, die strukturell unterschiedliche Gesundheitsgefährdung spezifischer Bevölkerungsgruppen und die schichtenspezifische Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen weisen darauf hin, daß die Einrichtungen des Gesundheitswesens die Gesundheitsrisiken des Produktionsprozesses nicht ausreichend einzuschätzen vermögen und den Patienten von seiner sozialen Umwelt isolieren, statt diese in Diagnose und Therapie miteinzubeziehen.

Die notwendige Konsequenz aus dieser Tatsache ist eine entschiedene Schwerpunktverlagerung auf die Vorbeugung von Gesundheitsrisiken, d.h. einen möglichst weitgehenden Abbau krankmachender Faktoren in der Arbeitswelt und in der sozialen Umwelt des Bürgers. Einer solchen Prioritätenverschiebung in der Gesundheitspolitik steht zur Zeit die gegensätzliche Grundstruktur unseres Gesundheitssystems, öffentliche Finanzierung und private Leistungserstellung und damit private Gewinnmaximierung, im Wege. Die Beseitigung von Monopolen im Gesundheitssystem wird wesentlich zur Kooperation und Zusammenarbeit der Gesundheitseinrichtungen in allen Bereichen beitragen.

Die privatwirtschaftliche Struktur weiterer Bereiche des Gesundheitswesens konnte sich bislang weitgehend gesamtgesellschaftlichen Planungen entziehen. Zudem scheiterte eine Gesundheitsbedarfsplanung am Kompetenzwirrwarr der Planungsbehörden. Grundlage für eine arbeitnehmerorientierte Gesundheitspolitik muß deshalb eine Stärkung der Selbstverwaltung bei den Sozialversicherungsträgern sein. Darüber hinaus ist eine Selbstverwaltung des Gesundheitswesens nötig, die die Betroffenen selbst an Planungsentscheidungen beteiligt, die die Bedarfsplanung in der Region steuert und die Schwerpunkte für die Gesundheitssicherung der Bevölkerung setzt.

Wenn verhindert werden soll, daß der Patient die Behandlung passiv über sich ergehen läßt, muß das Verantwortungsbewußtsein des Kranken gegenüber seiner Krankheit und ihren Folgen gestärkt werden. Nur durch Mitsprache und Mitverantwortung der Betroffenen kann die Bereitschaft zur Förderung und Erhaltung der Gesundheit geweckt werden. Nur als gleichberechtigter Partner im Gesundheitswesen kann der Versicherte die Erfahrung aus der sozialen Umwelt in das Gesundheitswesen einbringen. Nur so kann er auch motiviert werden, sich in der Arbeitswelt für die Schaffung und Erhaltung gesundheitsgerechter Arbeitsbedingungen einzusetzen.

(-/17.11.1977/hj/lo)